Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 284 | — Erscheint wöchentlich 5 mal. — Bezugspreis: monatlich 250.— Mk. | Halver Samstag, den 9. Dezember 1922. | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 38 mm Breite 10.— Mk., im Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 30.— Mk., Offerten-Besorgung 20.— Mk. | 23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichskanzler erwägt den Plan eines positiven deutschen Reparationsvorschlages an die Entente noch vor der Londoner Besprechung der Ministerpräsidenten. Dieser Vorschlag wird eine Begrenzung der deutschen Leistungen und den Anleiheplan enthalten.

* Die Reichsregierung veröffentlichte nachträglich einen Notenwechsel mit der Botschafterkonferenz über die Umwandlung der Kontrollkommissionen in ein Garantiekomitee. Es geht daraus hervor, daß die Beratungen über die gegnerischen Bedingungen noch andauern.

* Die Antwort des Reichskabinetts an Poincaré wegen der Zwischenfälle in Bayern wird dieser Tage auf Grund der Rücksprache mit der bayerischen Regierung abgesandt werden.

* Der Reichsfinanzminister Hermes hat in einer Rede im Hauptausschuß des Reichstages erschöpfenden Aufschluß über den gegenwärtigen Stand der Reichsfinanzen gegeben.

* Dem Reichstage soll jetzt ein Gesetzentwurf über eine wesentliche Erhöhung der Wohnungsbauabgabe unterbreitet werden.

Angebot an Frankreich?

Wer in diesen Tagen schwerster wirtschaftlicher Hochspannung noch die Zeit und die Muße fand, die Vorgänge auf außenpolitischem Gebiete zu verfolgen, dem war es natürlich von Anbeginn klar, daß es kein harmloser Zufall ist, wenn der Ablauf der Frist für die Beantwortung der französischen Note über die Zwischenfälle in Passau und Ingolstadt haarscharf mit dem Beginn der Londoner Vorkonferenz zusammenfällt.

Man weiß in Deutschland, daß Frankreich zu einem tödlichen Schlage gegen uns ausholt. Der „Präsident des Krieges“ und jetzige französische Ministerpräsident Poincaré steht und fällt mit der Politik der Vergewaltigungen, Sanktionen und Retorsionen, und er hat deshalb alles auf eine Karte gesetzt: die Konferenz von Brüssel darf kein Moratorium für Deutschland beschließen, ohne daß Frankreich zuvor die entsprechenden „Pfänder“ erhalten hat. Kommt es anders, so ist das Schicksal des Kabinetts Poincaré besiegelt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß Poincaré in seiner bekannten Schlauheit die französische Öffentlichkeit bereits auf Loucheur, den Vater des Wiesbadener Abkommens, als seinen Nachfolger gestoßen hat, wobei der Zweck der war, daß man sich in Frankreich gefälligst rechtzeitig überlegen solle, ob man mit diesem Propheten der Verständigung wirklich bessere Geschäfte machen werde als mit ihm, dem unentwegten Herrn Poincaré. Es sieht denn auch gar nicht so aus, als ob Poincaré wirklich an seinen Sturz denkt. Ferner haben sich in den letzten Tagen keinerlei besondere Anzeichen dafür ergeben, daß etwa von England oder gar von Amerika irgendwelche Abwehrmaßnahmen gegen die französische Erpressertaktik erfolgen könnten. Zwar ist es in Lausanne soeben gelungen, der gefahrreichen Meerengenfrage fürs erste die Spitze zu nehmen, aber die Reparationsfrage erscheint den Engländern nach wie vor als weit weniger wichtig denn ihr Interesse im Nahen und Fernen Orient, und zwischen Amerika und uns liegt noch immer das große Wasser.

Als das Kabinett Cuno bei uns an die Regierung kam, hat man daher in vielen deutschen Kreisen geglaubt und erwartet, die neue Regierung werde auch in der Reparationsfrage neue Wege wandeln. Man bekennt sich auch in der Politik gern zu dem alten Sprichwort: „Neue Besen kehren gut“ und glaubte zu wissen, daß von deutscher Seite in der Reparationsfrage in der Tat ein neues Angebot an Frankreich bevorstehe. Die Gegenseite sollte nicht mehr länger sagen dürfen, daß von uns aus nichts geschehe, obgleich ja eigentlich nichts dawider gesprochen hätte, daß man in Paris oder London nach dem Allheilmittel gesucht hätte, auf das man an der Spree aus triftigen Gründen nicht kam. Man will doch sonst immer im Ententelager alles noch besser wissen als der liebe Gott! Jedenfalls gewinnt es jetzt den Anschein, als ob Dr. Cuno in der letzten Zeit nicht untätig gewesen ist. Man erzählt sich in unterrichteten Berliner Kreisen, daß neben den offiziellen Kabinettsitzungen der letzten Tage andere Verhandlung einhergelaufen sind, bei denen der Kanzler jeweils die Vertreter derjenigen Ressorts bei sich versammelte, die an der Reparationsfrage besonders beteiligt sind. In erster Linie kämen also der Reichswirtschaftsminister Dr. Becker-Hessen, der Finanzminister Dr. Hermes und der Außenminister Dr. v. Rosenfeld in Frage. Es scheint ferner — und wird auch durch Informationen des Berliner Organs des Abgeordneten Stresemann bestätigt —, daß diese Besprechungen jetzt bereits zu einem gewissen Abschluß gediehen sind und daß ein bestimmter Vorschlag in Frage steht, den die Regierung bereits akzeptiert hat oder doch in diesen Stunden zu akzeptieren gedenkt. Über den Inhalt verlautet natürlich im einzelnen noch nichts, aber man weiß, daß es sich um die genauere Formulierung des Planes einer großen Anleihe handelt, die bekanntlich ein mehrjähriges Moratorium für uns in sich schließt und auf der einen Seite Frankreich und auf der anderen Deutschland die Mittel zur Stützung der Sanierung ihrer Währung und zum Wiederaufbau in die Hand geben soll. Aus dem Umstande, daß der Reichswirtschaftsminister Dr. Becker-Hessen für ein solches neues Angebot an Frankreich gewonnen ist, darf man annehmen, daß auch der starke industrielle Flügel der Deutschen Volkspartei zustimmt, der unter Führung des Abgeordneten Hugo Stinnes steht. Dr. Cuno soll denn auch mit Vertretern der deutschen Industrie schon eingehende Beratungen gepflogen haben. Dagegen ist man in parlamentarischen Kreisen zunächst noch nicht näher unterrichtet.

Nun muß aber bis zum 10. d. M. auch die Antwort auf die Sühnenote des tüchtigen Herrn Poincaré erteilt sein. Er wartet darauf, die langersehnte deutsche Verfehlung feststellen zu können. In Bayern hat man das Verlangen nach einer Entschuldigung mit einer deutlichen Kehrtwendung beantwortet. Man hat im übrigen Deutschland wohl Verständnis für diese Geste gehabt, aber in der sogenannten großen Politik kommt man nicht immer mit Grundsätzen aus, die im täglichen Leben wirkungsvoll sein können. St.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Präsidiumswechsel beim Staatsgerichtshof.

Der Reichspräsident hat den Senatspräsidenten beim Reichsgericht, Dr. Hagens, von seinem Amt als Vorsitzender des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik zum 31. Dezember entbunden. Zu seinem Nachfolger ist der Senatspräsident beim Reichsgericht Dr. Schmidt ernannt worden, der schon bislang stellvertretender Vorsitzender des Staatsgerichtshofes gewesen ist. Den stellvertretenden Vorsitz im Staatsgerichtshofe wird der Reichsgerichtsrat Niedner führen.

Vervielfachung der Wohnungsbauabgabe.

Das Reichskabinett hat dem Reichsrat eine Novelle zum Wohnungsabgabegesetz vorgelegt, wonach die Wohnungsabgabe (Mietsteuer) vom 1. Januar 1923 ab erheblich erhöht werden soll. Die Länder sollen 750 % der Friedensmiete und die Gemeinden den gleichen Betrag erheben, sodaß die Abgabe insgesamt das Fünfzehnfache der Friedensmiete betragen würde. Bei weiterer Geldentwertung soll die Abgabe im Laufe des Rechnungsjahres erhöht werden. Den Gemeinden soll das Recht bleiben, weitere Zuschläge zu erheben.

Kaiser Wilhelms I. Standbild im Reichstag.

Der Ausschmückungsausschuß des Reichstages hat beschlossen, das in der Mitte der Wandelhalle des Reichstages befindliche Denkmal Kaiser Wilhelms I. von diesem Platz zu entfernen, und entweder an dem Aufgang des Portals IV aufzustellen oder am Portal II, wo acht Denkmäler von deutschen Kaisern Aufstellung gefunden haben. Die Wandelhalle des Reichstages soll mit republikanischen Zeichen geschmückt werden.

Fragen der Lehrerbildung.

Auf Einladung des Reichsministers des Innern hat unter Beteiligung des Reichsfinanzministers eine Besprechung über die Lehrerbildungsfrage stattgefunden. Die Vertreter der großen Lehrerverbände begründeten die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer Neuordnung der Lehrerbildung, während demgegenüber der Reichsfinanzminister unter Würdigung der Bedeutung der Lehrerbildungsfrage die Schwierigkeiten darlegte, die die gegenwärtige Finanzlage des Reiches der Verwirklichung der vorgetragenen Wünsche entgegenstellte. Von den Vertretern der Reichsregierung wurde eine baldige Entscheidung in Aussicht gestellt.

Folgen der Ernährungsnot.

Die Regierungs- und Medizinalräte der preußischen Regierungen waren in das Ministerium für Volkswohlfahrt einberufen, um sich darüber schlüssig zu werden, welche gesundheitlichen Maßnahmen die augenblickliche Ernährungslage erforderlich mache. Die Berichte und die Aussprache beurteilen die gesundheitlichen Folgen der Ernährungslage als außerordentlich ernst. Die durch die Teuerung bedingte Ernährungsbeschränkung trifft fast das ganze Volk. Ihre gesundheitlichen Folgen müssen zu den schwersten Besorgnissen Anlaß geben. Ein erheblicher Volksteil befindet sich bereits im wörtlichen Sinne des Wortes in Hungersnot. Fälle von tatsächlich Verhungerten werden aus einer Reihe von Regierungsbezirken aus der letzten Zeit gemeldet. Außerdem werden auch jetzt wieder Fälle von Hungerkrankheiten, wie im Winter 1917-18, beobachtet.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Im Ausschuß des Reichstages wurde das Ersuchen des Staatsanwalts um Genehmigung zur Strafverfolgung der kommunistischen Abgeordneten Hoellein, Remmele, Köhnen und Frölich und der sozialdemokratischen Abgeordneten Moses und Zubeil wegen Bedrohung Helfferichs am Tage der Ermordung Rathenaus abgelehnt.

Berlin. Die sächsische Regierung beantragte im Reichsrat die Verdreifachung der Unterstützungen für Erwerbslose, gültig ab 4. Dezember.

Berlin. Der frühere Reichskanzler Dr. Wirth soll, wie eine Korrespondenz behauptet, eine Einladung zu einer Vortragsreise nach den Vereinigten Staaten erhalten haben.

Dresden. In Sachsen ist nach der Wahl des Ministerpräsidenten das alte Ministerium wieder ernannt worden. Die neue Regierung wird sich am Dienstag dem Parlament vorstellen und eine Erklärung abgeben.

Tientsin. Chinesische Räuberbanden haben den Hafen von Tsingtau, der China zurückgegeben werden sollte, besetzt. Die Bevölkerung ist geflüchtet. Japanische Torpedojäger sind nach Tsingtau unterwegs, um die dortigen Japaner zu schützen.

Deutscher Reichstag.

(278. Sitzung.) CB. Berlin, 7. Dezember.

Die Novelle zum Lichtspielgesetz, die wesentliche Neuerungen nicht bringt und nur Lücken im Filmprüfverfahren ausfüllt, wurde ohne Aussprache in zweiter und dritter Lesung angenommen. Dasselbe geschah mit der Novelle zum Postgesetz, die sich auf die Ersatzleistung für verlorengegangene Postsendungen bezieht und diese Ersatzleistung der Geldentwertung anpaßt. Hierauf kam man zum Nachtragsetat des Reichspostministeriums. Abg. Bartz (Komm.) hielt eine längere Rede, in der er sich gegen den alten reaktionären Geist, der noch in der Postverwaltung herrsche, wandte und daran Angriffe gegen den neuen Postminister knüpfte. Der Redner schloß mit dem Verlangen, die Angestellten der Post höher zu bezahlen und die Technische Nothilfe im Postbetriebe zu beseitigen. Ohne weitere Auseinandersetzungen wurde alsdann der Etat bewilligt und ebenso der Nachtragsetat des Reichsschatzministeriums. Darauf vertagte sich das Haus auf Montag.

Die Finanzlage des Reiches.

Eine Rede des Ministers Hermes.

Berlin, 7. Dezember.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages machte heute der Reichsfinanzminister Hermes eingehende Mitteilungen über die Finanzgebarung des Reiches, wobei er u. a. folgendes sagte:

Die Geldentwertung hat jeden Voranschlag zum Haushalt hinfällig gemacht. Es muß jetzt im Nachtragsetat daher ein Vielfaches der Summen des ursprünglichen Etats nachgefordert werden, so z. B. für die allgemeine Reichsverwaltung rund 343 Milliarden Mark, wodurch das Gesamterfordernis hierfür auf 442 Milliarden Mark steigt.

Das ganze Preisniveau

hebt sich derart rapide, daß nicht nur die Möglichkeit der Versorgung der Bevölkerung und die Wettbewerbsfähigkeit der für das Ausland arbeitenden Industrie immer schwieriger wird, sondern daß auch die Kapitalbedürfnisse in höchst bedenklicher Weise anschwellen. Wenn einem Lande nach den Millionenverlusten an Menschenleben, die ihm der Krieg gebracht hat, und mit derartig geschmälerter Produktionsbasis innerhalb eines verhältnismäßig kurzen Zeitraumes auf Grund des Friedensvertrages solch ungeheure Leistungen aufgebürdet werden, wie es im Falle Deutschlands geschehen ist, so kann die Blutleere, in der es sich zurzeit befindet, nicht wundernehmen. Es gibt für die Privat- und Staatswirtschaft keine schwerere Last als die Geldentwertung, und in Wahrheit hat niemand an ihr im Lande ein Interesse. Ich sage mit vollem Vorbedacht: „Niemand“, denn der Glanz und das Leben, die sich auf der Geldentwertung aufbauen, sind

Scheinglanz und Scheinleben

mit dem zweifelhaften und trügerischen Fundament der Banknote. Was will es denn besagen, wenn eine Aktiengesellschaft heute 500 Mark auf eine mit 1000 Goldmark eingezahlte Aktie ausschüttet? Der Aktionär erhält eine Dividende von 1/10 %. Der Mittelstand ist heute überhaupt nur dadurch lebensfähig, daß er sich der Güter entäußert oder sie aufbraucht, die er in besseren Zeiten angesammelt hat. Was für den einzelnen und für einzelne Teile der Volkswirtschaft gilt, das gilt auch für die Gesamtheit. Wir können nicht so viel Werte produzieren, um ohne

Rückgriff auf die Substanz

unsere Verpflichtungen, die sich in der Handels- und Zahlungsbilanz widerspiegeln, zu erfüllen. Im November ist wiederum gegen den Monat Oktober eine Verteuerung der Lebenshaltung um mehr als 100 % eingetreten. Noch weit ungünstiger als der Index der allgemeinen Lebenshaltung, der durch die Zwangswirtschaft beeinflußt wird, ist der Index der Großhandelspreise. Ende November bestand ein 1230facher Großhandelspreis gegenüber dem Vorkriegsstande, und eine Goldmark war im Durchschnitt gleich 1711 Papiermark. Die fortschreitende Geldentwertung hat auch

das Etatsbild zunehmend verschlechtert.

Im Jahre 1921 konnte noch durch das Zusammenwirken von erhöhten Einnahmen und geringeren Ausgaben, insbesondere durch das Anwachsen der Steuererträge weit über die Schätzung des Haushaltsplanes hinaus mit einem Überschuß abgeschlossen werden. Die im Frühjahr d. J. abgeschlossene Steuerreform hat die Wirkung, daß in dem Hauptetat für 1922 die Einnahmen mit rund 115½ Milliarden eingestellt werden konnten. Die Ausgaben waren mit rund 99 Milliarden Mark vorgesehen, mithin ergab sich ein Überschuß von 16½ Milliarden Mark. Tatsächlich haben bereits die ersten drei Monate 48 Milliarden Mark erbracht. Man rechnete damit, bei einem Dollarstand von 300 Mark der Gegenwert von einer Milliarde Goldmark für die Reparation übrig zu behalten, aber alle diese Erwartungen sind durch die Entwicklung des Markkurses in den folgenden Monaten vernichtet worden. Wohl haben die Einnahmen weitere Steigerungen erfahren, aber die Ausgaben wuchsen unter dem Einfluß der rapiden Geldentwertung schneller und stärker. Der Überschuß von 16½ Milliarden M. A. den der Hauptetat im Ordinarium aufwies, ist verschwunden. Von den Betriebsverwaltungen muß die Post einen Fehlbetrag von fast 48 Milliarden ausweisen. Neue Bahnlinien sind seit Ende des Krieges nicht mehr in Angriff genommen worden.

Für Reparationsbarzahlungen müssen 298 Milliarden Papiermark in den Etat eingestellt werden, zuzüglich des für Sachleistungen erforderlichen Betrages 404,4 Milliarden. Das bedeutet 350 bis 360 Milliarden Mark mehr als zur Erfüllung der im Londoner Ultimatum festgesetzten Reparationsforderungen von 3 Milliarden Goldmark damals (d. h. im Mai 1921) notwendig gewesen wären. Insgesamt müssen in den Haushalt zur Ausführung des Friedensvertrages 613½ Milliarden (gegen 210 Milliarden Mark im Hauptetat) eingesetzt werden. Darunter befinden sich allein für die Besatzungskosten der außerordentlich hohe Betrag von 25 Milliarden Mark.

Der Minister wies dann auf die Notwendigkeit hin, den Apparat der Steuerbehörden zu vervollkommnen, und der Notlage der Gemeinden durch das neue Landessteuergesetz zu begegnen. Seit den im Mai d. J. aussichtsvoll begonnenen und dann bald so jäh unterbrochenen Verhandlungen des Bankierkomitees hat die Auffassung immer mehr Boden gewonnen, daß die Aussichten auf eine angemessene sachliche Regelung der Reparationsfrage weiter in die Ferne gerückt seien, und dies im Verein mit der

Passivität der Zahlungsbilanz

hat zur Verschärfung des Wertrückganges der Mark geführt. Für die ersten zehn Monate des laufenden Jahres ist das Passivum der Handelsbilanz auf 1¾ Milliarden Goldmark berechnet worden. Um für die gleiche Zeit das Passivum der gesamten Zahlungsbilanz zu ermitteln, muß man sich vergegenwärtigen, daß wir an

Barzahlungen auf Grund des Friedensvertrages im laufenden Jahre geleistet haben: 928 Millionen Goldmark, dazu kommen für Rückerstattungen 122 Millionen Goldmark, aus der Lieferung von Kohle 179 Millionen Goldmark, Lieferung von Tieren 70 Millionen Goldmark, von Chemikalien 14 Millionen Goldmark, an Ausgleichszahlungen 177 Millionen Goldmark.

Gewiß ist es wichtig, daß wir seit dem August keine direkten Reparationsleistungen mehr geleistet haben, aber von einer wirklichen Atempause ist bei dieser Regelung keine Rede. Die Verpflichtung für den kleinen Rest des Jahres 1922 (5 Monate) ist uns nicht etwa erlassen worden, sondern wir haben für das Moratorium Gegenleistungen übernehmen müssen. Geblieben ist die völlige Unsicherheit über

die kommenden Lasten und über das, was schon der Beginn des Jahres 1923 auf dem Gebiete der Reparationsverpflichtungen bringen soll. Und gerade die Fortdauer dieser starken Unsicherheit hat zu einer zunehmenden Flucht aus der Mark im Auslande und im Inlande geführt. Überblickt man die ganze Entwicklung, so ist es klar, daß mit Experimenten nicht zu helfen ist.

Das Übel muß an der Wurzel gefaßt werden. Die Voraussetzung für jede Besserung ist eine Regelung der Reparationsfrage,

die es ermöglicht, Leistungen aus den Überschüssen der Volkswirtschaft zu bewirken. Dann werden auch die aufgespeicherten Devisen wieder zum Vorschein kommen. Es gibt für die Reichsregierung keine wichtigere und dringlichere Aufgabe als die Hebung und Stabilisierung der Mark. Weiter ist äußerste Sparsamkeit notwendig. Wir kommen aber nicht ohne eine Hilfe des Auslandes zum Ziel, und diese Hilfe muß insbesondere darin bestehen, das verlorengegangene Vertrauen auf eine Besserung der Verhältnisse wiederherzustellen. Die Reichsregierung ist entschlossen, die erforderliche Mitwirkung Deutschlands an der Lösung dieses Problems zu sichern.

*

Eine Kritik Helfferichs.

Nach dieser Rede des Ministers ergriff der Abg. Dr. Helfferich das Wort und erklärte, daß es nicht möglich sei, mit der Anerkennung aller Entente-Forderungen das Problem zu lösen. Notwendig sei positive Arbeit und Vergrößerung der Produktion durch verstärkte Arbeitsleistung. Dr. Hermes trat dem sehr scharf entgegen und bat, man möge doch endlich aufhören, mit dem neuen Schlagwort von der „Steigerung der Produktion durch Erhöhung der Arbeitsleistung". Damit allein sei es nicht getan. Man könne nur langsam von Etappe zu Etappe fortschreitend das Reparationsproblem lösen.

Die Bedrohung des Rheinlandes.

Oberschlesische Rheinlandhilfe.

Die Oberpräsidenten und die Regierungspräsidenten von Ober- und Niederschlesien erlassen einen gemeinsamen Aufruf, in dem zur Hilfe für die deutschen Brüder und Schwestern im besetzten Rheinland aufgefordert wird. Gerade die Oberschlesier, welche die Leiden der Fremdherrschaft erduldet hätten, hätten Veranlassung, die Not des Rheinlandes durch werktätige Hilfe zu lindern. Geldspenden werden auf Konto „Rheinlandhilfe" angenommen beim Schlesischen Bankverein, Filiale der Deutschen Bank, Bank für Handel und Industrie, bei der Dresdener Bank und bei dem Bankhaus E. Heimann.

Gegen die Bedrohung des Rheinlandes gab Vizepräsident Graef namens aller Fraktionen des preußischen Staatsrates eine Protesterklärung ab.

*

Was die fremde Besatzung verschlingt.

Bei Beratung des Nachtragsetats für das Reichsschatzministerium hat der sozialdemokratische Abgeordnete Stücklen über die Tätigkeit der Reichsvermögensverwaltung für die besetzten rheinischen Gebiete berichtet. Er betonte, daß zurzeit mit Besatzungstruppen und -behörden 207 Orte belegt seien, von denen nur 36 im Frieden belegt waren. Vom Reich mußten für die Besatzung in der Zeit vom Herbst 1920 bis Sommer 1922, also in eindreiviertel Jahren, allein an Großmöbeln beschafft werden: 1400 Salons, 2600 Herrenzimmer, 5000 Speisezimmer, 10 300 Schlafzimmer, 4600 Küchen, 180 Klubmöbelgarnituren, 2900 Klubsessel, 1800 Korbmöbelgarnituren, 6300 Korbsessel, 2100 Polstermöbelgarnituren, 1400 Polstersessel, 2300 Bettstellen für Erwachsene, 3500 Kinderbetten, 3900 Kleiderschränke, 3400 Waschkommoden, 3000 Chaiselongues. Nicht gerechnet sei ferner die große Anzahl von Möbeln in Schlössern und Privatwohnungen. Ferner mußten in den angeführten eindreiviertel Jahren beschafft werden: 800 Damenschreibtische, 500 Frisiertoiletten, 200 Bidets, 16 000 Bügeleisen, 18 000 Teppiche, 175 000 Servietten, 6900 Speiseservice, 8900 Kaffeeservice, 36 000 Kaffeetassen, 4300 Teeservice, 4000 Teetassen, 25 000 Porzellanplatten, 72 000 Weißweingläser, 51 000 Rotweingläser, 15 000 Portweingläser, 45 000 Sektgläser, 58 000 Likörgläser, 26 000 Biergläser, 9000 Weinkaraffen. An Leinwandstoff für Bett- und Tischwäsche der Besatzung hätten rund 3000 Kilometer ins besetzte Gebiet wandern müssen.

Englische Reparationsvorschläge.

Die Aussichten für Brüssel.

Der Verband englischer Handelskammern hat der englischen Regierung den dringenden Rat erteilt, Deutschland ein Moratorium für eine bestimmte Zahl von Jahren zu gewähren. Es sei ferner unbedingt notwendig, daß für die Reparationen eine Summe festgesetzt werde, [illegible] ren sich Deutschland in einer vernünftigen Zahl von Jahren entledigen könne, ohne den Handel der Welt zu schädigen. Weiter müsse Deutschland unverzüglich eine internationale Anleihe aufnehmen mit Garantien für die Zinszahlung und Amortisation. In Gold zahlbare Abgaben müßten dazu dienen, Kapital und Zinsen der Anleihe zu bezahlen. Um dieses Ergebnis zu erreichen, müßten die Alliierten die Zölle unter eine internationale Kontrolle stellen.

Poincaré hält mit seinen eigenen Reparationsplänen immer noch hinter dem Berge, sodaß die Aussichten für die Londoner Vorbesprechungen und ebenso für die Brüsseler Konferenz nach wie vor pessimistisch beurteilt werden, obwohl inzwischen eine ganze Reihe mehr oder minder richtiger angeblicher „Vorschläge" durch die Ententepresse gegangen ist.

Präsident Ebert über Deutschlands Zukunft

Das Bewußtsein der Gemeinschaft.

Reichspräsident Ebert und Reichsminister Oeser weilten, einer Einladung der anhaltischen Regierung folgend, in Dessau. Die Herren besichtigten die Philanthropin-Ausstellung, die Junkers-Werke und die Einrichtungen des Konsumvereins. Am Abend war in den Räumen des Staatsministeriums ein größerer Empfang. Auf eine Begrüßungsansprache des Ministerpräsidenten Deist erwiderte der Reichspräsident in längerer Rede und führte u. a. folgendes aus:

Wieder soll in den nächsten Wochen versucht werden, der Lösung des Reparationsproblems näherzukommen; erneut sollen Verhandlungen beginnen, die zeigen werden, ob Vernunft und Frieden in der Welt die Oberhand über Feindschaft und Gewalt errungen haben. In tiefem Mitgefühl verfolgen wir die Leiden und Sorgen unserer Brüder im Rheinland, treu und unerschütterlich halten wir zu ihnen, wie sie trotz aller Bedrückungen treu zum Reiche stehen; niemals können diese Bande gelöst werden, die uralte Volksgemeinschaft, die zweitausendjährige Kultur und Geschichte geschmiedet haben. Daß wir ehrlich bereit sind, jede Leistung, die wir tragen können, auf uns zu nehmen, hat die Reichsregierung in ihrer Note vom 13. November bekundet. Pflichttreue Mitarbeit aller Deutschen und selbstlose Opferwilligkeit jedes einzelnen nach Maßgabe seiner Kräfte sind nötig, wenn wir das Ziel der Lebensmöglichkeit unseres Volkes, der Gesundung Deutschlands und Europas erreichen wollen. Einkehr, Selbstzucht und soziales Pflichtbewußtsein sind heute dringender denn je geboten. In dieser Not der Zeit müssen wir uns alle mit dem Bewußtsein der Gemeinschaft untereinander und mit dem Vaterland erfüllen. Nur wenn uns dieser Geist beseelt, werden wir den Kampf um die Zukunft des deutschen Volkes führen und bestehen.

Donnerstag besuchte der Reichspräsident das staatliche Kalibergwerk in Friedrichshall und die dortige chemische Fabrik.

Anrufung eines Schiedsgerichts.

Die Regelung der bayerischen Zwischenfälle.

Der bayerische Ministerpräsident von Knilling hat nach seiner Rückkehr nach München mit dem bayerischen Kabinett und den Parteiführern über das Ergebnis der Berliner Besprechungen beraten. Darüber wird berichtet, daß die leitenden Persönlichkeiten der Reichsregierung für die Ursachen der bedauerlichen Vorfälle in Passau und Ingolstadt und für die schwierige Lage des bayerischen Ministerpräsidenten gegenüber den unbilligen Sühneforderungen Frankreichs volles Verständnis gezeigt hätten. Die Reichsregierung wird nun eine Antwortnote an Poincaré fertigstellen, wonach voraussichtlich das Reich die geforderten moralischen Genugtuungen bieten werde. Bezüglich der den beiden Städten auferlegten finanziellen „Entschädigungen" wird die Note vorschlagen, die Entscheidung eines internationalen Schiedsgerichtes anzurufen.

Lokales und Provinzielles.

Halver, 9. Dezember 1922.

☐ **Die neuesten Bettkartenpreise.** Vom 1. Januar 1923 ab betragen die Bettkartenpreise bei Eisenbahnfahrten in der 1. Klasse 5000 Mark, in der 2. Klasse 2500 Mark, in der 3. Klasse 1200 Mark. Die Vormerkgebühr beträgt 500, 250 und 120 Mark.

☐ **Schülerferienkarten.** Schüler und Studierende, die Schülerferienkarten für Eisenbahnfahrten lösen wollen, müssen einen Personalausweis mit Lichtbild und Unterschrift vorzeigen. Während bisher nur Personalausweise anerkannt wurden, die von den Gemeinde- (Ortspolizei-) Behörden ausgestellt waren, werden für die Schüler und Studierenden der staatlichen und städtischen Anstalten jetzt auch von den Schul- und Hochschulleitungen ausgestellte Personalausweise zugelassen.

—* hk. **Ausfuhr nach Spanien:** Der Deutsch-Spanische Handelsvertrag läuft bekanntlich am 20. Dezember ds. Js. ab. Da die Verhandlungen über einen neuen Vertrag seinerzeit im Sommer ds. Js. abgebrochen worden sind, und es durchaus noch nicht sicher erscheint, ob es gelingt, noch in letzter Stunde durch Abschluß eines Provisoriums die Gefahr eines offenen Zollkrieges zu vermeiden, so stehen die Firmen bei nicht rechtzeitiger Ankunft der Waren in Spanien vor der drohenden Möglichkeit, bedeutend höhere Zollsätze zahlen zu müssen. Der Verband Deutscher Exporteure hat es daher für zweckmäßig angesehen, zur Beschleunigung der Ausfuhr der für Spanien bestimmten Waren das Reichsfinanzministerium und den Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligungen zu ersuchen an die ihnen unterstellten Zollämter und Außenhandelsstellen die Weisung gehen zu lassen, alle für Spanien bestimmten Waren hinsichtlich der Ausfuhrbehandlung bevorzugt zu bearbeiten und nicht durch etwaige unbedeutende Rückfragen, Verzögerungen in der Erteilung der Ausfuhrbewilligung eintreten zu lassen.

—* hk. Das Kgl. spanische Konsulat teilt der Handelskammer mit, daß mit dem 20. Dezember d. Js. der Spanisch-Deutsche Zollvertrag abläuft. Die Folge davon wird sein, daß von diesem Tage ab alle deutsche Waren nur noch nach Klasse 1 des spanischen Zolltarifs in Spanien eingeführt werden können. Da indessen aber wohl erwartet werden kann, daß seitens der spanischen Regierung gewisse Vergünstigungen gewährt werden für alle Waren, welche vor dem 20. Dezember abgeschickt worden sind, wenngleich solche auch erst nach dem 20. Dezember eintreffen, so läge es im Interesse der deutschen Fabrikanten Sorge zu tragen, daß noch möglichst viele Sendungen vor dem betreffenden Termin den Ursprungsort verlassen.

hk. **Zuständigkeitserweiterung der Eisenbahnverkehrsämter:** Die Zuständigkeit der Eisenbahnverkehrsämter und größeren Güterabfertigungen, betreffend Erledigung von Erstattungs- und Entschädigungsanträgen aus dem Personen-, Gepäck- und Güterverkehr, ist, wie folgt erweitert worden: 1. größere Güter- und Eilgutabfertigungen sind befugt, Entschädigungsanträge bis zum Betrage von 10 000 Mk. selbständig zu erledigen, 2. die Eisenbahnverkehrsämter entscheiden künftig selbständig: a) über Entschädigungsanträge aus dem Frachtverkehr bis zu 100 000 Mk. einschließlich, b) über Anträge auf Erstattung von Fahrgeld, Gepäckfracht, Expreßgut, Wagenstandsgeldern bis zu einem Betrage von höchstens 50 000 Mk., soweit die zu zahlenden Beträge auf solche Bahnen entfallen. Die Handelskammer macht die Verkehrstreibenden darauf aufmerksam, daß es sich zur Beschleunigung der Erledigung der Erstattungsanträge empfiehlt, diese unmittelbar an die zuständige Stelle zu richten.

—* **Verjährung von Forderungen.** Beim Herannahen des Jahresschlusses wird wieder auf die Möglichkeit der Verjährung von Forderungen hingewiesen. Die Verjährung berechtigt den Schuldner, die Bezahlung der Forderung zu verweigern. Die Unterbrechung der Verjährung kann durch die Erhebung der Klage oder durch Zustellung eines Zahlungsbefehles bewirkt werden Unterbrochen wird die Verjährung auch durch Anerkennung der Schuld durch den Schuldner. Diese Anerkennung kaun durch Abschlagszahlung, Zinszahlung oder Sicherheitsleistung usw. geschehen. Eine Unterbrechung der Verjährung wird durch die bloße — mündliche oder schriftliche — Mahnung nicht herbeigeführt. Ausgeklagte Forderungen verjähren erst in 30 Jahren. Die meisten aus dem Geschäftsverkehr des täglichen Lebens entsprungenen Forderungen verjähren bereits innerhalb zwei Jahren. Bei der ungeheuren Kapitalanspannung dürfte es heute nicht mehr viel Forderungen geben, die der Verjährung entrissen werden müssen. Den Luxus säumiger Zahler kann sich heute kein Geschäftsmann mehr leisten.

= **Halver,** 8. Dez. Der Haus- und Grundbesitzerverein Halver hält am Sonntag, den 17. Dezember eine

Angeworben.

Erzählung von **Lothar Brenkendorf.**

9) (Nachdruck verboten.)

Bis der Dampfer die Anker lichtete, wurde es ihnen verboten, an Deck zu kommen, und erst, als die ferne Küste bereits in Dunst und Nebel verschwamm, hörte man auf, sie wie Gefangene zu behandeln. Jetzt hatte man ja keine Desertion mehr zu befürchten und durfte den armen Burschen um so eher einen kurzen Freiheitsrausch vergönnen, als man ja recht wohl wußte, daß es für die meisten von ihnen der letzte in ihrem jungen Leben war.

Wer noch etwas von seinem Handgeld übrig behalten hatte, der ließ es während dieser Seereise daraufgehen, um im lärmend fröhlichen Kreise gleichgestimmter Kumpane wenigstens auf Stunden zu vergessen, was er daheim zurückgelassen und was drüben seiner wartete. Und da die Vorgesetzten, soweit es sich ohne eine zu starke Verletzung der militärischen Disziplin tun ließ, beide Augen zudrückten, ging es in der Messe des Zwischendecks oft wüst genug her. Die rohen und unlauteren Elemente, für die der niederländische Kolonialdienst die letzte Station eines verpfuschten Daseins bedeutete, machten sich jetzt, wo die straffe soldatische Zucht ein wenig gelockert war, auf's unangenehmste bemerklich, und Rudolf wurde oftmals zum unfreiwilligen Zeugen von Szenen, die ihn auf's äußerste anwiderten und abstießen. Weil die feinen Spürnasen seiner immer durstigen Kameraden sehr bald herausgebracht hatten, daß er über viel bedeutendere Geldmittel verfügte, als irgend einer von ihnen, wurden sie nicht müde, offen oder verblümt an seine Freigebigkeit zu appellieren, und wenn er sich nicht zu einem Gegenstand ihres Hasses machen wollte, mußte er den immer unverschämter auftretenden Anforderungen wohl oder übel entsprechen. Aber schon nach Ablauf der ersten Tage gewann er es nicht mehr über sich, selber an den wüsten Trinkgelagen teilzunehmen, die von seinem Gelde veranstaltet wurden. Und als einige besonders widerwärtige Gesellen Miene machten, ihn wegen seines vermeintlichen Hochmuts zu verspotten, ließ er ihnen eine so energische Abfertigung zu teil werden, daß sie, aus Furcht, ihn vollends zu erzürnen, für die Folge verstummten.

Aber er war inmitten des ausgelassenen Haufens nun so einsam und so ganz auf sich selbst gestellt, wie nie zuvor in seinem Leben. Und der Schmerz über sein verlorenes Glück, die Reue über seine unbedachte, fast wahnwitzige Handlungsweise nagten in dieser trostlosen Verlassenheit immer grausamer an seinem Herzen. Während ihn das Schiff mit jeder Umdrehung der Schraube weiter und weiter von jenen Stätten entfernte, die ihm jetzt, von dem verklärenden Zauber der Erinnerung umwoben, doppelt lieb und teuer geworden waren, lehnte er oft stundenlang unbeweglich an der Reling des Dampfers und starrte traumverloren in die Unendlichkeit des Ozeans hinaus. Wie seine Reisegesellschaft nun einmal beschaffen war, konnte es ihm nur willkommen sein, daß niemand sich um ihn kümmerte, und doch hatte er eines teilnehmenden, tröstenden, ermutigenden Wortes niemals so sehr bedurft, als gerade jetzt.

Bis zur Einfahrt in den Kanal von Suez war eitel Jubel und Fröhlichkeit auf dem Indienfahrer gewesen. Nun aber begannen die lärmenden Aeußerungen einer schier unbändigen Lustigkeit allgemach zu verstummen. Die furchtbare unerträgliche Gluthitze des Roten Meeres legte sich lähmend auf alles Lebendige am Bord des Schiffes. Den Mannschaften wurde der in diesen Regionen höchst gefährliche Genuß geistiger Getränke verboten, und man sah überall nur matte, apathische, leidende Gesichter. Auch ein paar ernste Krankheitsfälle kamen jetzt vor, und am zweiten Mittag nach dem Passieren des Kanals verbreitete sich im Zwischendeck die Kunde, daß einer gestorben sei.

Es war der Schweizer, der sich zugleich mit Rudolf Hildebrandt hatte anwerben lassen, ein stiller, gutmütiger Bursche. Welcher Art sein Leiden eigentlich gewesen sei, wußte auch der Arzt nicht zu sagen. Gegen abend schon fand die Bestattung des Toten nach seemännischem Brauche statt. Auf ein Brett gebunden und mit eisernen Gewichten beschwert, wurde seine irdische Hülle nach kurzer, schlichter Trauerzeremonie in das Meer versenkt, und während der ganzen Dauer der Reise war es auf dem Schiffe nicht so still hergegangen als an diesem Abend. Namentlich Rudolf, dessen Gemütsstimmung ohnedies eine so gedrückte und niedergeschlagene war, fühlte sich durch das traurige Vorkommnis im innersten Herzen erschüttert, und obwohl er den Gestorbenen kaum gekannt hatte, war ihm so trüb und bang zu Sinn, als hätte er einen lieben Freund verloren.

Auf die eiserne Brüstung gestützt, stand er ganz allein auf dem Vorderdeck, als er sich zu seiner Ueberraschung plötzlich von einer tiefen, ernsten Männerstimme in deutscher Sprache angeredet hörte.

„Sie denken an den Glücklichen, der jetzt da unten auf dem Meeresgrunde ruht, und Sie beneiden ihn um das Los, das er gezogen hat — nicht wahr, Kamerad?"

Der Sprechende war für Rudolf ein völlig Fremder. Er war nicht in Harderwyk gewesen, sondern mit einem anderen Kommando an Bord gekommen. Da er sich seit dem ersten Tage der Reise von den übrigen abgesondert und niemals an einer der üblichen Schwelgereien teilgenommen hatte, war er nur wenig beachtet worden, und Rudolf Hildebrandt hatte bisher kein Wort mit ihm gewechselt. Als er jetzt auf die unerwartete Anrede hin erstaunt aufblickte, nahm er zum erstenmal wahr, daß der Mann ein auffallend fein geschnittenes, intelligentes Gesicht hatte, und daß seine ganze Erscheinung sich trotz der gleichmachenden Uniform sehr vorteilhaft von den zumeist recht plumpen Gestalten der anderen unterschied. Zugleich sah er auch den finsteren Ernst in seinen Zügen, den seltsamen Blick seiner tiefliegenden dunklen Augen und das eigentümliche nervöse Zucken, das, während er sprach, um seine schwermütig herabgezogenen Mundwinkel spielte. Wäre er ihm an irgend einem anderen Orte begegnet, so hätte er diesen Fremden wahrscheinlich viel mehr unheimlich als sympathisch gefunden; jetzt aber, nachdem er seit einer Reihe von Tagen nichts als rohe und gemeine Reden vernommen, berührte die gewählte Ausdrucksweise eines offenbar gebildeten Mannes sein Ohr wie der Gruß eines lieben Freundes.

„Wie sollte ich den Aermsten beneiden, Kamerad?" gab er zurück. „Glauben Sie denn, daß es sein Wunsch war, zu sterben? Hätte er all die Mühsal und Plackerei des harten Rekrutendienstes erst auf sich zu nehmen brauchen, wenn er nichts anderes wollte und erhoffte als dies?"

Der finstere Gefährte lehnte sich nun ebenfalls an die Reling und verschränkte die Arme über der Brust.

„Was der arme Narr sich wünschte und worauf er hoffte, kann ich nicht wissen, denn ich habe ihn nicht gekannt. Das aber weiß ich, daß es das Schicksal mit ihm besser gemeint hat, als mit irgend einem von uns. Oder halten Sie es für einen Gewinn, daß wir noch einige Wochen oder Monate hindurch ein Hundedasein führen dürfen, um dann unter dem Messer eines Atchinesen zu verbluten oder — was viel wahrscheinlicher ist — am Fieber langsam zu vertrocknen?"

„Sie sehen unsere Zukunft zu düster, Kamerad! Es mag ja sein, daß dem einen oder dem andern ein solches Schicksal beschieden ist, aber wir werden doch wohl nicht alle drüben auf Batavia bleiben."

(Fortsetzung folgt.)

Hauptversammlung ab, in welcher Herr Rechtsanwalt Dr. jur. Weber über das Reichsmietengesetz sprechen wird, unter besonderer Berücksichtigung der nunmehr von der Regierung für das Amt Halver genehmigten Zuschläge. (Siehe auch Inserat in nächster Woche.)

+ **Kierspe-Bhf.**, 7. Dez. Der Theaterverein „Germania", Schnörrenbach Kierspe-Bhf. begeht sein diesj. Winterfest am 2. Weihnachtsfeiertage im Saale des Restaurants: „Zur Schnörrenbach", bestehend aus Konzert, Theater und Ball. Da der Verein sich eines guten Rufes erfreut, ist wohl zu erwarten, daß jeder Besucher vollauf auf seine Kosten kommt. Die Veranstalter geben sich größtmöglichste Mühe, den Abend durch ihre mannigfaltigen Aufführungen zu einem recht gemütlichen zu gestalten.

+ **Brügge**, 8. Dez. Am Montag fand in Schwerte eine Versammlung der Herausgeber des Sonntagsblattes statt. Es handelte sich um die Frage, was aus dem Sonntagsblatt in Zukunft werden soll. Die große Not der Presse trifft natürlich auch die Sonntagsblätter. Wenn das Sonntagsblatt weiter bestehen soll, so muß es auch seinen Preis bedeutend erhöhen. Das Blatt soll zunächst nur einmal zweiseitig erscheinen und dann monatlich 70 Mark kosten.

Aachen, 8. Dez. In welchem Umfange hier Eier geschmuggelt werden, geht daraus hervor, daß im Monat November von einem einzigen Zollamte im Aachener Bezirk, der allerdings in einer bekannten Schmuggelecke liegt, insgesamt rund 12000 Eier beschlagnahmt wurden. Von eingeweihten Kreisen wird versichert, daß diese Zahl etwa ein Zehntel der in dem dortigen Bezirk tatsächlich geschmuggelten Eier darstellt. Von den holländischen Aufkäufern werden durchschnittlich 7 Cents oder rund 200 Mk. je Ei bezahlt, während in Holland selbst Eier etwa 10—12 Cents kosten. Die nach Holland geschmuggelten Eier werden nur zum geringen Teil im Lande selbst verzehrt, sondern wieder ausgeführt, namentlich nach Belgien. So erklärt es sich auch, daß bei der kürzlichen Baisse des belgischen Franken der Eierschmuggel etwas abflaute. Im Hinblick auf das verschärfte Vorgehen der deutschen Zollbeamten und der Wucherabwehr ist in der letzten Zeit der schon früher betriebene Bandenschmuggel wieder aufgelebt So wurde vor einigen Tagen von Kohlscheider und Bardenbergen Zollbeamten eine schwerbewaffnete Bande, welche in Holland Eier abgeliefert hatte, festgenommen und vorläufig unschädlich gemacht.

Westfälischer Provinziallandtag.

Münster, den 6. Dezember 1922.

Zum Präsidenten des Landtages wurde Oberbürgermeister Hamm, Recklinghausen (Ztr.), zum Vizepräsidenten Gewerkschaftssekretär Rauschenberg, Wattenscheid (Soz.) wiedergewählt.

In der zweiten Sitzung wurde vom Präsidenten mitgeteilt, daß die Fraktion der S. P. D. und U. S. P. D. sich auch im Westfälischen Provinziallandtag vereinigt haben. Darnach bewilligte das Haus 6 Millioen Mk. für die evangelischen und katholischen Arbeiterkolonien und 500 000 Mark für den Westfälischen Herbergsverband. Nachdem das Haus die von dem Abg. Schmidt (Soz) angeregte Uebernahme der Arbeiterkolonien auf die Provinz abgelehnt hatte, stellte es zur Unterstützung von Kleinbahnen weitere 10 Millionen Mark zur Verfügung. Zum Zwecke der Förderung von Bodenverbesserungen bewilligte das Haus für 1922 500000 Mk., für 1923 1 000 000 Mk., aus welchen Beträgen Zinserleichterungen ohne Bedingung der Rückgewähr öffentlich rechtlichen Verbänden gewährt werden können. Darnach beschloß man, den Betrag der Stammeinlage bei der Westfälischen Heimstätte von 3 auf 30 Millionen Mark zu erhöhen. Für den Zoologischen Garten in Münster bewilligte der Landtag 100000 Mark. Für die Forstkulturen bei Ammeloe wurde ein Betrag von 6 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Es handelt sich um die Aufforstung eines Geländes von 900 Hektar. Auf einer Fläche von sechshundert Hektar ist die Binnenentwässerung bereits ausgeführt. Hinsichtlich der Errichtung von Land-Jugendheimen beschloß das Haus eine Eingabe an die Reichsregierung. Danach wandte man sich der wichtigen Vorlage über die Erhebung einer Provinzialsteuer für 1922 zu. Erforderlich ist die Nacherhebung von 20 Prozent Provinzialsteuer. Da 164 Prozent bereits erhoben sind, haben die Gemeinden und Kommunalverbände in Westfalen in diesem Jahre insgesamt 436 Prozent Provinzialsteuer zu zahlen. Aus der Mitte des Hauses wurden eine neue Vorschläge gemacht, sodaß die Provinzialnachsteuer ohne Wortmeldung genehmigt wurde.

Damit war die Tagesordnung der außerordentlichen Tagung erschöpft.

Der Herr Oberpräsident schloß die Tagung mit folgender Ansprache:

Meine Damen und Herren!

In Ihren Verhandlungen, die den ordentlichen Teil Ihrer Tagesordnung betrafen, war ein starker Geist der Zusammengehörigkeit klar erkennbar. Es war auch der Geist, der Wille, der zu helfen bereit ist. Sie haben, meine Damen und Herren, nicht nur die angeforderten notwendigen Mittel bewilligt, sondern sind darüber hinausgegangen, um die Jugend-, Kultur- und Wohlfahrtspflege tatkräftig zu fördern. Dafür gebühret Ihnen ganz besonderer Dank, auch deshalb, weil Sie dadurch die Staats- und Reichsregierung ganz wesentlich entlastet haben. Für die Verwaltung haben Sie die notwendigen Mittel bewilligt und dadurch den Beamten, Angestellten und Arbeitern das Leben erträglich zu gestalten versucht. Gleich zu Beginn der Tagesordnung haben Sie eine kernige, echt deutsche Entschließung gefaßt, für die ich Ihnen von Herzen dankbar bin. Nicht nur durch Wort und Schrift wollen wir dem Rheinländer helfen, sondern durch eine tapfere, freudige Tat. Unsere Brüder und Schwestern am Rhein sollen wissen, daß in der Provinz Westfalen Stammesgenossen wohnen, die bereit sind, dem bedrückten Rheinlande auch materielle Hilfe zu leisten. Deutscher sein ohne Heimat ist hart, ein Deutscher in der eigenen Heimat rechtlos und unter Bewachung der Besatzungstruppen zu leben, ist noch härter. Beduinen und andere farbige Truppen haben am Rhein mehr Rechte, als deutsche Frauen und Männer in der eigenen Heimat. Jedes deutsche Herz fühlt und leidet mit dem Rheinlande, und die meisten Bewohner der Provinz Westfalen werden trotz der großen Not und Sorgen gern und freudig Opfer bringen für die notleidende, aber heldenmütige rheinische Bevölkerung. Dankbar wird es begrüßt werden, wenn alle westfälischen Stadt- und Landkreise entsprechende Beschlüsse fassen zugunsten der Rheinlande. Das würde eine Tat bedeuten, die alle deutschen Herzen höher schlagen lassen wird.

Im Namen der Staatsregierung schließe ich hiermit den 66. Westfälischen Provinziallandtag.

An unsere Postabonnenten,

die bereits den Bezugspreis für Monat Dezember **bei der Post eingezahlt** haben.

Der Bezugspreis der Zeitung mußte durch die ungeheuren Steigerungen des Papierpreises und der gesamten Herstellungskosten für den Monat Dezember auf **250.— Mk.** festgesetzt werden. Das ergibt gegenüber dem bisherigen Bezugspreis von Mk. 150.— einen

Mehrbetrag von Mk. 100.—

für den Monat Dezember.

Diesen Unterschiedsbetrag von Mk. 100.— bitten wir uns nachträglich mittels Zahlkarte auf unser Postscheckkonto Dortmund Nr. 2941 einzuzahlen. Diejenigen Abonnenten, welche die früher verlangte Nachzahlung für den Monat November und Dezember mit je 65 Mk. = 130.— Mk. noch nicht gezahlt haben, werden hiermit nochmals daran erinnert.

Wir bitten unsere verehrlichen Postbezieher unserer Bitte recht bald nachzukommen, da wir im anderen Falle die Lieferung am 15. Dezember einstellen müssen. Es ist das letztemal, daß wir unsern Beziehern die Mühe des Einsendens machen müssen, da ab 1. Januar die einmonatliche Bezugszeit seitens der Post eingeführt wird

Der Verlag.

Börse und Handel.

Was kosten fremde Werte?

Börsenplätze		7. 12. gesucht	7. 12. angeb.	6. 12. gesucht	6. 12. angeb.	Stand 1. 8. 14
Holland	1 Gulden	3211,95	3228,05	3241,62	3358,28	1,70 M
Dänemark	1 Krone	1635,90	1644,10	1720,68	1729,32	1,12 „
Schweden	1 Krone	2144,62	2155,38	2264,12	2275,88	1,12 „
Norwegen	1 Krone	1511,21	1518,79	1561,08	1568,92	1,12 „
Schweiz	1 Frank	1508,22	1513,78	1571,06	1578,94	0,80 „
Amerika	1 Dollar	8079,75	8120,25	8391,46	8433,54	4,20 „
England	1 Pfund	38309,—	38491,—	38184,87	38385,13	20,40 „
Frankreich	1 Frank	568,57	571,43	581,04	588,96	0,85 „
Belgien	1 Frank	521,69	524,31	536,15	533,85	0,80 „
Italien	1 Lira	401,99	404,01	413,06	416,04	0,80 „
Dt.-Österr.	100 Kron.	11,22	11,28	11,77	11,83	85,00 „
Ungarn	1 Krone	3,45	3,47	3,59	3,61	0,85 „
Tschechien	1 Krone	252,36	253,64	264,33	265,67	

Stand der Polenmark am 7. Dezember 43,62 Pf.

* **Produktenmarkt.** (Nichtamtlich.) Infolge der ungeklärten Lage waren die Preise für Getreide nicht zu ermitteln. Raps 24 000—25 000, Rapskuchen 9300—9700, Reisfuttermehl 10 500 bis 12 000, Ackerbohnen 15 000—16 000, Viktoriaerbsen 28 000 bis 29 500, kl. Erbsen 24 000—25 000 für 50 Kilogramm, Melasse-Torf 4000, Weizenkleie 7300, Biertreber 7400, Treber 7200, Haferschalen 6900, Haferkleie 6700, Strohmehl 5200, Palmkernschrot 7300 per 50 Kilogramm einschl. Verpackung. Alles ab Verladestation.

Rauhfutter. (Preisnotierungskommission für Rauhfutter. — Großhandelspreis per 50 Kilogramm ab Station): Drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 5900—6100, do. Haferstroh 5900—6100, bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 5200 bis 5300, Roggenlangstroh 5500—5800, loses und gebündeltes Krummstroh 5100—5200, Häcksel 6400—6700, handelsübliches Heu 4100—4400, gutes Heu 4500—4700 M.

* **Einstellung des Einkaufs für Damen- und Kinderkonfektion.** Der Reichsverband für Damen- und Mädchenkleidung hat in einer von vielen hundert Mitgliedern aus dem Reich besuchten Versammlung, die in Berlin stattfand, einstimmig beschlossen, mit Wirkung vom 7. Dezember ab seinen Mitgliedern jedweden Einkauf von Damen-, Mädchen- und Kinderkonfektion, gleichgültig zu welchen Bedingungen und bei welcher Firma, zu verbieten.

Kleine Nachrichten.

Die Reichstagsfraktionen bei Dr. Luther.

DA Berlin. Vertreter aller Reichstagsfraktionen sind für heute nachmittag um ½6 Uhr zum Reichsernährungsminister Dr. Luther gebeten worden, der mit ihnen die Ernährungsfragen zu besprechen wünscht.

Titelverleihungen in der Landwirtschaft.

Berlin. Durch die Prüfungsordnung für Studierende der Landwirtschaft an landwirtschaftlichen Hochschulen und Universitäten mit landwirtschaftlichen Instituten erlangen die Bewerber, die die Diplomprüfung bestanden haben, den akademischen Grad „Diplomlandwirt", während den Bewerbern, die die Prüfung für praktische Landwirte abgelegt haben, der Grad „akademisch geprüfter Landwirt" verliehen wird. Die Berechtigung zur Führung der Bezeichnung „Diplomlandwirt" wird durch Verfügung des Landwirtschaftsministers auf Antrag nachträglich allen denjenigen zuerkannt, die die Landwirtschaftslehrerprüfung gemäß der Prüfungsordnung vom 29. Februar 1908 bestanden haben. Ebenso wird allen Landwirten, die die Prüfung gemäß der Ordnung der Diplomprüfungen für studierende Landwirte an höheren landwirtschaftlichen Lehranstalten in Preußen vom 20. März und 18. Mai 1909 abgelegt haben, nachträglich die Bezeichnung „akademisch geprüfter Landwirt" auf Antrag zugestanden.

Elternrecht und Schule.

Berlin. Im Zusammenhang mit der Frage der parteipolitischen Betätigung der Jugend, soweit sie noch schulpflichtig ist, ist die Frage wiederholt aufgetaucht, ob die Schule befugt ist, in das Bestimmungsrecht der Eltern, ihre Kinder in parteipolitische Veranstaltungen (Vorträge, gesellige Abende) mitzunehmen, verbietend einzugreifen. Das preußische Kultusministerium steht auf dem Standpunkt, daß die Schule nicht in der Lage ist, den Eltern, gleichviel welcher politischen Richtung sie angehören, dieses Recht zu wehren. Das gilt auch für einen beiläufig schon nahezu ein Jahr zurückliegenden Fall „Wittstock an der Dosse", der demnach völlig zu unrecht neuerdings wieder unter dem Stichwort einseitiger politischer Bevorzugung gegen das Kultusministerium ausgespielt wird.

Ein Eisenbahnzug vom Sturm umgeworfen.

Paris. In der Nähe von Perpignan in Frankreich hat der Sturm einen Zug zum Entgleisen gebracht. Vier Wagen wurden umgeblasen wie Kartenhäuser. Die Reisenden sind mit leichten Verletzungen davongekommen, da der Zug sofort zum Halten gebracht werden konnte.

Der Ex-Sultan reist nach Mekka.

London. Die „Morning Post" meldet, daß der nach Malta geflüchtete Ex-Sultan der Türkei die Einladung des Königs Hussein annehmen will. Er wird Malta in Kürze wieder verlassen und sich nach Mekka begeben.

Die mittelamerikanische Abrüstungskonferenz.

Washington. Die Konferenz der fünf mittelamerikanischen Staaten ist hier eröffnet worden. Als Vertreter der Vereinigten Sataten begrüßte Staatssekretär Hughes die Delegierten und gab der Hoffnung Ausdruck, daß in Mittelamerika der endgültige Friede bald hergestellt sein möge. Auf der Tagesordnung der Konferenz steht auch der Plan einer allgemeinen Abrüstung der fünf Staaten.

Patentbericht

mitgeteilt vom Patent-Büro Konrad Köchling, Hagen i. W. Bürohaus Concordiastr., Fernsprecher 3436.)

a. Patentanmeldungen. — Kurt Jordan, Berlin-Steglitz, Kurfürstenstr. 5. Schloß für Reisebehälter und dergl. —

b. Gebrauchsmuster. — Rudolf Hülle, Hellersen b. Lüdenscheid, Selbstschließende Haarbefestigung. — Gebr. Jaeger, Schalksmühle, Kontakttrommel aus Isoliermaterial für Drehschalter. — Aug. Wengele, Lüdenscheid, Abschmelsicherungselement mit Paßbrücke. — Wilh. Biermann, Schwelm i. W. Vorderradgabelfederung für Fahr- und Motorräder.—

Wetter-Aussichten

für mehrere Tage im Voraus.

10. Dez. Wolken, teils Sonne Milde.
11. = Wolken, vielfach Nebel. Geringe Wärmeänderung.
12. = Vielfach Niederschläge, Wolken, milde.
13. = Wenig verändert.
14. = Kaum verändert.
15. = Wolken, strichweis Niederschlag, ziemlich milde Wind.
16. = Vielfach Niederschlag, stürmisch.

Spiel und Sport.

Sp. Lorenz schwer gestürzt. Der erste Tag des Newyorker Sechstagerennens hat dem deutschen Radfahrer Lorenz, der mit Rütt an dem Rennen teilnahm, einen schweren Sturz gebracht. Er mußte ins Krankenhaus gebracht werden und aus dem Rennen ausscheiden. Rütt setzte das Rennen zunächst allein fort, dürfte aber inzwischen einen andern Partner erhalten haben.

Sport-Haus

Hagen i. W. Elbersufer Ecke Badstr.

UNION

Hagen i. W. Ibersufer Ecke Badstr.

Erste und beste Bezugsquelle für sämtliche Sportbedarfsartikel.

Geeichte Geräte

— Fachmännische Bedienung. — 2080

Kölner Frühdevisen. Der Dollar — 7700.

Der Bezugspreis dieser Zeitung beträgt für den Monat Dezember 250,— Mark. — Im Falle von Betriebsstörungen, Streik, Aussperrung usw. können Bezieher und Inserenten keine Ersatzansprüche geltend machen.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Wochen-Merkblatt.

Kirchliche Nachrichten.

Evangel. Gemeinde Halver. Sonntag, den 10. Dez. Vorm. 9 Uhr: Abendmahlsfeier. — Vorm. 10 Uhr Predigt Pastor D. Dresbach. — Vorm. 11 Uhr: Sitzung der größeren Gemeindevertretung in der Kirche. Der Kindergottesdienst fällt aus. — Freitag abend 8½ Uhr: Kirchlicher Posaunenchor.

Evangelisches Vereinshaus, Halver. Sonntag, den 10. Dez. Nachm. 1½ Uhr: Sonntagsschule. Nachm. 4 Uhr: Bibelstunde. 5¼ Uhr: Gesangprobe des Jungfrauen-, Männer- und Kinderchors. Abends 8 Uhr: Lichtbilder-Vortrag.

Kath. Gemeinde Halver. Sonntag, den 10 Dezember. 8 Uhr: Frühmesse mit Predigt. 10¼ Uhr: Hochamt mit Predigt 2½ Uhr Segensandacht.

Evangelische Gemeinde Schalksmühle. Sonntag, den 10. Dezember. 10 Uhr: Gottesdienst 11¼ Uhr: Kindergottesdienst. 3 Uhr. Jungmädchenverein. 8 Uhr: Bibelstunde. Dienstag 8½ Uhr: Jungmädchenverein. Mittwoch 8½ Uhr: Bibelstunde. Donnerstag 8½ Uhr: Posaunenchor. Freitag 8½ Uhr: Jünglingsverein, Unterhaltung. Samstag 8½ Uhr: Chorstunde.

Evangelische Gemeinde Brügge. Sonntag, den 10. Dezember. 10 Uhr: Gottesdienst. 11¼ Uhr: Kindergottesdienst. Mittwoch 8 Uhr: Posaunenchor. 8½ Uhr: Kirchenchor Donnerstag 4½ Uhr: Weihnachtsfeier der Frauenhilfe im Konfirmandensaal.

Kath. Gemeinde Kierspe-Bhf. Sonntag, den 10 Dezember. Vorm. 10 Uhr: Hochamt mit Predigt in der Schule.

SEIDEMANN

Herren- u. Damen-Konfektion
auf
Teilzahlung

Hagen i. W.
Altenhagener Brücke 3.

Elektro-Motore
Neuwickeln und Reparatur in eigener Werkstatt.
— Prüfeld 1500 Volt. —
Großes Lager in Motore.
Elektrizitäts-Gesellschaft
Geisler & Schuller,
Hagen i. W., Elberfelderstr. 44.
— Telefon 2314. — 2152

Tüchtiger
Werkzeugschlosser
für sofort gesucht.
Casp. Arn. Winkhaus,
Fabrik elektrischer Beleuchtungsapparate,
Carthausen

Möbel
Stilvoll Gediegen Preiswert



Wilhelm Stallmann
Hagen W. Rathauspassage
Körnerstr 5a Fernruf 295
2187

1000
Christbäume
werden gekauft. — Kassageschäft. — Verkäufer wollen sich ins Benehmen setzen mit
Apel & Scheele
Klempnerei, Kierspe-Bhf

Erlen, Birken, Buchen u. andere Holzarten
kaufen zu höchsten Preisen
Gebr. Dahlhaus,
Brügge. 2005
Telefon 143, Meinerzhagen

Altes Röhren-Blei
sowie sonstige Altmetalle
kauft laufend 2022
Firma Häusler,
Kierspe-Bhf

Schönes Fellpferd
(Schaukelpferd) mit gelbem Lederzeug preiswert zu verkaufen.
Näheres zu erfragen in der Geschäftsstelle des Allg. Anzeiger, Halver

Sonntag früh, den 10. Dezember erhalte ich
Kühe.
Hugo Kerspe, Halver,
— Telefon Nr. 52. —

Abreisskalender
für das Jahr
1923
1
Januar.
empfiehlt
W. Bell jr, Halver.

Händler u. Hausierer
können laufend von uns beziehen:
Damen- und Männerhemden, Beinkleider, Blusen- und Kleiderstoffe, Nessel, Hemdentuch, Biber, Handtücher, Strickjacken und sonstige Manufakturwaren. Verkauf nur am Lager.
Stolle & Kramer,
Hagen, Koloniestraße 17. 2124

Elektr. Anlagen
für Industrie und Landwirtschaft.



Bergstrasse 123. Fernruf 259, 3916.

Kopierbücher
500 und 1000 Seiten sind vorrätig.
Wilh. Bell jr., Halver.



Gerner & Co.
Hagen-Westf.
Elberfelderstraße 80 • Fernsprecher 3580

Helene Vormann
Alfred Lumberg
Verlobte
Halver Oeckinghausen
9. Dezember 1922.

Ausführungs-Verordnung.

Auf Grund des Reichsmietengesetzes vom 24. März 1922 — Reichsgesetzblatt S. 273 ff. — sowie der hierzu ergangenen Ausführungsverordnung des Herrn Ministers für Volkswohlfahrt vom 12. Juni 1922 — Preuß. Gesetz-Sammlung S 129 — wird für die Gemeinde Kierspe folgendes angeordnet:

§ 1.

Bei Berechnung der gesetzlichen Miete sind von der Friedensmiete vom 1. Juli 1914 (§ 2 des Reichsmietengesetzes) abzurechnen:

1. 20 v. H. für die in der Friedensmiete enthaltenen Betriebs- und Instandsetzungskosten;
2. in Häusern mit Sammelheizung bezw. Warmwasserversorgung für die Heizstoffe für Sammelheizung 9 v. H, für Heizstoffe für Warmwasserversorgung 3 v. H;
3. im Einzelfall nach den tatsächlich in der Vorkriegszeit entstandenen Kosten die in der Friedensmiete enthaltenen Vergütungen:
   a) für Nebenleistungen des Vermieters, welche nicht die Raumnutzung betreffen, sondern neben der Raumnutzung unabhängig von ihr gewährt werden, (Bereitstellung von Wasserkraft, Elektrizität, Preßluft, Dampf und dergl.)
   b) für Nebenleistungen des Vermieters, welche zwar die Raumnutzung betreffen aber nur einzelnen Mietern zugute kommen, z. B. Spiegelglasversicherung.
   c) für sonstige ortsübliche Nebenleistungen wie Treppenhausbeleuchtung.

§ 2.

Zu der nach § 1 sich ergebenden Grundmiete treten folgende Zuschläge für entstandene Unkosten jedoch höchstens bis zu:

1. 10 v. H der Grundmiete für die Steigerung der Zinsen der Vorkriegsbelastung und die Steigerung der Kosten für die Erneuerung dieser Belastung;
2. 40 v. H. der Grundmiete für Betriebskosten die nicht umgelegt werden (§ 3) einschließlich der Verwaltungskosten und der Grund- und Gebäudesteuer ausschließlich Wohnungsabgabe;
3. 200 v. H. der Grundmiete für laufende Instandsetzungsarbeiten.

Dieser Hundertsatz erhöht sich bei Räumen mit Sammelheizung wo die Heizung in voller Heizperiode betrieben wird, und Warmwasserversorgung um 20% der Grundmiete bei gewerblichen Räumen um 50 v. H. sowie bei beruflich benutzten Räumen in denen ein größerer Publikumverkehr stattfindet, z. B. den Amts- und Arbeitsräumen der Aerzte, den Diensträumen von Behörden, um einen auf Antrag des Vermieters vom Mietseinigungsamt festzusetzenden besonderen Zuschuß.

In dem Hundertsatz unter Ziffer 3 sind die Kosten für das Streichen der inneren Fenster, Türen und Fußleisten, ferner für das Tapezieren oder Anstreichen oder Kälken der Wände und Decken sowie für die Instandhaltung der Badeeinrichtung, Rolläden, Zapfhähne usw. in den Wohnungen oder sonstigen Mietsräumen ausgenommen.

§ 3.

Die Kosten der laufenden Instandsetzungsarbeiten innerhalb der Mieträume, sind vom Mieter im Einzelfalle gegen Vorzeigung der Belege zu tragen. Der Mieter ist von der Vornahme der Ausbesserungen zur Bestimmung der Handwerker berechtigt, welche die Arbeiten ausführen sollen. Er kann die Arbeiten selber ausführen, sofern er die erforderliche Eigenschaft hierfür besitzt. Bei Streit über die Notwendigkeit einer derartigen Instandsetzungsarbeit und über die erforderliche Eigenschaft für die Arbeit entscheidet die in § 6 des Reichsmietengesetzes benannte Stelle, ob die Arbeit auszuführen ist (vergl. Absatz 3 des Abschnittes der Ausführungsverordnung vom 12 Juni 1922 zu § 6 des R. M. G Pr R. S. 1922 S. 132).

§ 4

Weist der Vermieter vor dem Mieteinigungsamt durch Vorzeigung der Belege, Rechnungen, Voranschläge usw. nach, daß der nach § 2 Ziffer 3 festzusetzende Zuschlag während zweier Kalenderjahre nicht ausreicht, um die Kosten der seit Oktober 1920 nicht vorher nachgewiesenermaßen ausgeführten und notwendig gewesenen oder in den nächsten 12 Monaten nach Stellung des Antrages auszuführenden notwendigen Instandsetzungsarbeiten außerhalb der Mietsräume zu decken, so hat das Mietseinigungsamt unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des Grundstücks, d h der Erhaltung seiner Bewohnbarkeit für einen genau bestimmten Zeitraum einen Zuschlag für die Verzinsung und Tilgung des Betrages festzusetzen, der nach § 2 Ziffer 3 festzusetzenden allgemeinen Zuschlag für zwei Kalenderjahre übersteigt

Insoweit die Kosten von Instandsetzungsarbeiten dem nach § 2 Ziffer 3 festzusetzenden Zuschlag für 2 Kalenderjahre übersteigen, gelten sie als große Instandsetzungsarbeiten im Sinne des § 5 des Reichsmietengesetzes.

§ 5.

In Zweifelsfällen hat das Mietseinigungsamt ein Gutachten der zuständigen Handwerkskammer über die Angemessenheit der Preise einzuholen.

§ 6

Die nachfolgenden Betriebskosten nämlich:

1. die Kanalgebühren oder die Kosten der Fäkalienabfuhr
2. die Straßenreinigungsgebühr,
3. das Wassergeld,
4. das Schornsteinfegergeld,
5. die Kosten der Treppen und Flurbeleuchtung,
6. die Kosten der Versicherung gegen Feuer- und Wasserleitungsschäden sowie gegen Haftpflicht sind in der tatsächlich entstandenen Höhe auf alle Räume nach dem Verhältnis der Grundmieten umzulegen.

Feuerversicherungskosten dürfen in der Höhe umgelegt werden, wie sie von der Provinzial-Feuersozietät der Provinz Westfalen ortsüblich erhoben werden.

Die Beiträge für Versicherung gegen Wasserleitungsschäden und Haftpflicht dürfen je 25 v. H der Grundmiete nicht übersteigen.

Das Wassergeld ist nach Zimmerzahl und Kopfzahl umzulegen

Soweit die obigen Betriebskosten bei der Mietszahlung noch nicht feststehen, sind hierauf Vorschüsse zu leisten und zwar in Höhe der Beträge, die sich auf Grund der letzten Veranlagungen, Rechnungen usw. ergeben.

§ 7.

Als laufende Instandsetzungsarbeiten im Sinne des § 2 Ziffer 3 gelten nicht die vollständige Erneuerung der Dachrinnen oder Ablaufrohre, das Umdecken des Daches, der Abputz und Anstrich des Hauses im Aeußeren, der Abputz oder Anstrich der ganzen Vorderfront oder der ganzen Fläche eines Seitenflügels oder der ganzen Fläche der Hinterfront eines Hauses der Neuanstrich des ganzen Treppenhauses im Inneren die Erneuerung der Heizanlagen bei Sammelheizungen und Warmwasserversorgung (große Instandsetzungsarbeiten)

Auf Antrag eines Vertragstellers ist vom Mieteinigungsamt unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des Gebäudes ein Zuschlag für die Verzinsung und Tilgung von Mitteln für die Kosten einer im Einzelfalle seit Oktober 1920 nachgewiesenermaßen ausgeführten und notwendig gewesenen oder in den nächsten 12 Monaten nach Stellung des Antrages erforderlich werdenden großen Instandsetzungsarbeit für einen genau bestimmten Zeitraum zu bestimmen

Das Mietseinigungsamt darf bei Festsetzung von Zuschlägen für große Instandsetzungsarbeiten 150 v. H der Grundmiete nicht überschreiten

§ 8

Sind auf Grund des § 10 der Preußischen Verordnung vom 9 Dezember 1919 G. S. S 187 Zuschläge für bauliche Instandsetzungsarbeiten für einen bei Inkrafttreten der gesetzlichen Miete noch nicht abgelaufenen Zeitraum festgesetzt, so sind die bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Miete gezahlten Zuschläge bei Bewilligung von Zuschlägen im Einzelfalle insoweit zu berücksichtigen, als es sich um „große Instandsetzungsarbeiten" im Sinne der §§ 5 und 7 des Reichsmietengesetzes handelt

Auf die persönlichen Verhältnisse der Parteien ist bei Festsetzung des Zuschlages in angemessener Weise Rücksicht zu nehmen Inwieweit der Vermieter an den Kosten der großen Instandsetzungsarbeiten zu beteiligen ist bleibt dem Ermessen des Mietseinigungsamtes überlassen. Bei Vernachlässigung der Unterhaltung des Grundstücks, insbesondere bei Eingriff der Gemeindebehörde auf Grund des § 8 des Reichsmietengesetzes hat die Heranziehung des Vermieters zu den Kosten in einer der Vernachlässigung entsprechenden Weise zu geschehen.

Bei nach dem 1. Januar 1920 erworbenen Gebäude sind Zuschläge für solche Mängel nicht zu bewilligen die beim Erwerb des Gebäudes bereits vorhanden waren und die der Vermieter gekannt hat oder kennen mußte.

Der hiernach auf die Mieter entfallende Betrag ist auf die Mieträume nach dem Verhältnis der Grundmieten umzulegen. Hierbei sind auch Räume, für die nicht gesetzliche Miete zu zahlen ist oder die nicht vermietet sind (vergl. zu § 7 unter 1 Absatz 6 der Ausführungsanweisung) zu berücksichtigen.

Bei Herabsetzung des auf einen Mieter entfallenden Zuschlag (vergl. Abs 2) ist die Ermäßigung auf die anderen Beteiligten entsprechend zu verteilen.

§ 9.

Das Mieteinigungsamt hat die Ausführung der großen Instandsetzungsarbeiten, für die ein Zuschlag bewilligt ist durch geeignete Anordnungen zu sichern z B erforderlichenfalls die Anordnung zu treffen, daß (die Zuschläge direkt an die Stelle abzuführen sind, die das Kapital für die Instandsetzungsarbeiten zur Verfügung gestellt hat.

§ 10.

Die Kosten der Heizstoffe für Sammelheizung oder Warmwasserversorgung sind nach der Heizfläche der Heizungskörper in Ermangelung der letzteren nach der Grundfläche der geheizten Räume umzulegen. Die Kosten der Beheizung der gemeinsamen benutzen Räume sind auf die Beteiligten nach dem Verhältnis der Grundmiete zu verteilen.

Der Vermieter ist berechtigt, für den Einkauf der Heizstoffe am 1 Oktober und 1. Januar Vorschüsse auf die Kosten der Heizstoffe in Höhe der im kommenden Vierteljahr für die Räume des Mieters voraussichtlich entstehenden Kosten zu erheben.

§ 11.

Ist ein Mietraum weitervermietet oder vermietet der Hauseigentümer oder jemand der ein Grundstück auf Grund eines Erbbaurechtes, Nißbrauchs oder ähnlichen Rechtsverhältnisses inne hat, einen Teil des von ihm selbst im Hause benutzten Raumes, so muß der hierfür zu entrichtende Mietzins in einem angemessenen Verhältnis zu dem auf den Raum entfallenden Teil des Hauptmietzinses stehen.

Zu diesem von dem Untervermieter für den leer Raum zu entrichtenden Mietzins sind angemessene Zuschläge für die Ueberlassung von Einrichtungsgegenständen, Beleuchtung, Heizung, Bedienung, Herg von Wäsche usw. zu zahlen.

Kierspe, den 4 Dezember 1922.

Der Amtmann: Hiltebrandt.